Nummer 563

Bezugs-Preis: Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag, Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die 9 gespaltene Zeile 2,00 Mk. Reklameteil 6 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Zinsschein-Kalender Deutsche Lebensvers.-Gesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Mittwoch, 10. Dezember 1919 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Kautskys Dokumente zum deutschen Kriegsausbruch.

Im November 1918 erhielt **Karl Kautsky** von der Volksregierung den Auftrag, die auf die Vorgeschichte des Weltkrieges bezüglichen Akten des Auswärtigen Amtes zu sammeln und herauszugeben. Diese Aufgabe wurde von Kautsky im Mai 1919 abgeschlossen. Die Veröffentlichung der Akten wurde vom Gesamtministerium dem General **Grafen Montgelas** und dem **Professor Dr. Walter Schücking** übertragen, die diese Arbeit nach einheitlichen Grundsätzen erledigten. Die Gesamtzahl der veröffentlichten Aktenstücke beträgt 1123, von denen die meisten im Wortlaut, die andern dem Inhalt nach angeführt sind. Das Werk führt den Titel: „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky herausgegeben von Graf Max Montgelas und Prof. Walter Schücking. (Charlottenburg 1919, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.). Der erste Band umfaßt die Zeit vom Attentat in Sarajewo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote. Band 2: Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung. Band 3: Vom Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung bis zur Kriegserklärung an Frankreich. Band 4: Von der Kriegserklärung an Frankreich bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland.

Wir bringen nachstehend einen Bericht des **Fürsten Lichnowsky**, der damals bekanntlich Botschafter in London war.

Der Bericht lautet:

Der Botschafter in London an den Reichskanzler.

London, den 16. Juli 1914.

Vom Standpunkt des Grafen **Berchtold** ist es vollkommen begreiflich, daß er seine durch den Bukarester Frieden stark erschütterte Stellung und den durch den Abfall Rumäniens verminderten Einfluß der Monarchie auf dem Balkan dadurch wieder zu heben gedenkt, daß er die jetzige verhältnismäßig günstige Gelegenheit zu einem Waffengange mit den Serben benutzt. Die leitenden militärischen Persönlichkeiten in Österreich haben bekanntlich schon seit längerer Zeit dahin gedrängt, das Ansehen der Monarchie durch einen Krieg zu befestigen. Einmal war es Italien, dem der Irredentismus ausgetrieben, ein andermal Serbien, das durch Kriegstaten à la Prinz Eugen zur Entsagung und zu besseren Sitten gezwungen werden sollte. Ich begreife, wie gesagt, diesen Standpunkt der österreichischen Staatsleiter und würde in ihrer Lage vielleicht schon früher die serbischen Wirren dazu benutzt haben, um die südslawische Frage im Habsburgischen Sinne zu lösen.

Die erste Voraussetzung für eine derartige Politik müßte aber ein klares Programm sein, das auf der Erkenntnis beruht, daß der heutige staats- und völkerrechtliche Zustand innerhalb der serbo-kroatischen Völkerfamilie, der einen Teil dieser nur durch die Religion, nicht aber durch die Rasse gespaltenen Nation dem österreichischen, einen anderen dem ungarischen Staat, einen dritten der Gesamtmonarchie und einen vierten und fünften endlich unabhängigen Königreichen zuweist, auf die Dauer nicht haltbar ist. Denn das Bestreben, den geheiligten status quo aus Bequemlichkeitsgründen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, hat schon oft und so erst bei der jüngsten Balkankrise, zu einem völligen Zusammenbruch des auf diesen Grundlagen erbauten politischen Kartenhauses geführt.

Zunächst **bezweifle ich nun, daß in Wien ein großzügiger Plan, der allein die Grundlagen einer dauernden Regelung der südslawischen Frage bieten würde, ich meine den Trialismus mit Einschluß Serbiens, gefaßt worden ist.** Nach meiner Kenntnis der dortigen Verhältnisse glaube ich auch garnicht, daß man in der Lage ist, eine derartige staatsrechtliche **Umgestaltung der Monarchie in die Wege zu leiten.** Denn es wäre hierzu vor allem der Widerstand Ungarns zu überwinden, das sich gegen eine Abtretung von Kroatien mit Fiume auf das Äußerste wehren würde. Zur Durchführung eines derartigen Programms **fehlt es in Wien auch an der hierzu geeigneten kraftvollen Persönlichkeit.** Man sucht dort vielmehr meist nur den Bedürfnissen den Augenblicks zu genügen und ist froh, wenn die vielen politischen Schwierigkeiten, die niemals aussterben, da sie sich aus der Verschiedenartigkeit der Zusammensetzung des Reiches ergeben, soweit behoben sind, daß Aussicht besteht, wieder einige Monate fortwursteln zu können.

Eine militärische Züchtigung Serbiens hätte daher niemals den Zweck oder das Ergebnis einer befriedigenden Lösung der so überaus schwierigen südslawischen Frage, sondern bestenfalls den Erfolg, die mühsam beigelegte orientalische Frage von neuem ins Rollen gebracht zu haben, um Österreich eine moralische Genugtuung zu verschaffen.

Ob Rußland und Rumänien hierbei müßig zusehen und Österreich freie Hand lassen würden, werden Ew. Exzellenz besser zu beurteilen in der Lage sein als ich. Nach meinen hiesigen Eindrücken, namentlich aber nach den vertraulichen Unterhaltungen, die ich mit Sir Edward Grey gehabt habe, glaube ich, daß meine kürzlich in Berlin vertretenen Ansichten über die Absichten Rußlands uns gegenüber zutrafen. **Sir Edward Grey versichert mir, daß man in Rußland nicht daran denke, mit uns Krieg führen zu wollen.** Ähnliches sagte mir mein Vetter **Graf Benckendorff.** Eine gewisse antideutsche Stimmung kehre dort von Zeit zu Zeit regelmäßig wieder, das hänge mit dem slawischen Empfinden zusammen. Dieser Strömung gegenüber bestehe aber immer eine **starke prodeutsche Partei. Weder der Kaiser noch irgend eine der maßgebenden Persönlichkeiten sei antideutsch und seit der Beilegung der Limanfrage sei keine** ernste Verstimmung wieder eingetreten. Hingegen **gab Graf Benckendorff offen zu, daß ein starkes** antiösterreichisches Empfinden in Rußland **bestehe. Es denke aber dort niemand daran,** Teile von Österreich, wie etwa Galizien, erobern zu wollen.

Ob angesichts dieser Stimmung es möglich sein würde, die russische Regierung beim österreichisch-serbischen Waffengange zur passiven Assistenz zu bewegen, vermag ich nicht zu beurteilen. Was ich aber glaube, mit Bestimmtheit sagen zu können, ist, daß es nicht gelingen wird, im Kriegsfalle die öffentliche Meinung zuungunsten Serbiens zu beeinflussen, selbst durch die Heraufbeschwörung der blutigen Schatten Dragas und ihres Buhlen, deren Beseitigung vom hiesigen Publikum schon längst vergessen ist und daher zu den historischen Ereignissen gehört, mit denen, soweit außerbritische Länder in Frage kommen, man hier **im allgemeinen weniger Vertrautheit besitzt, als bei** uns etwa der durchschnittliche Quartaner.

Ich bin nun weit entfernt, für eine Preisgabe unserer Bundesgenossenschaft oder unseres Bundesgenossen einzutreten. Ich halte das Bündnis, das sich in dem Empfindungsleben beider Reiche eingelebt hat, für notwendig und schon mit Rücksicht auf die vielen in Österreich lebenden Deutschen für die natürliche Form ihrer Zugehörigkeit zu uns. **Es fragt sich für mich nur, ob es sich für uns empfiehlt, unseren Genossen in einer Politik zu unterstützen, bzw. eine Politik zu gewährleisten, die ich als eine abenteuerliche ansehe, da sie weder zu einer radikalen Lösung des Problems noch zu einer Vernichtung der großserbischen Bewegung führen wird. Wenn die k. u. k. Polizei und die bosnischen Landesbehörden** den Thronfolger durch eine „**Allee von Bombenwerfern**" geführt **haben, so kann ich darin keinen genügenden Grund erblicken, damit wir den berühmten pommerschen Grenadier für die österreichische Pandurenpolitik aufs Spiel** setzen, nur damit das österreichische Selbstbewußtsein gekräftigt werde, das in diesem Falle, wie die Ära **Ährenthal gezeigt hat, sich als vornehmste Aufgabe die möglichste Befreiung von der Berliner Bevormundung hinstellt.**

Sollte aber wirklich für unsere politische Haltung die Ansicht ausschlaggebend sein, daß nach Verab**reichung des „Todesstoßes" an die großserbische** Bewegung das glückliche Österreich, von dieser Sorge befreit, sich uns für die geleistete Hilfe dankbar erweisen wird, so möchte ich die Frage nicht unterdrücken, ob nach Niederwerfung des ungarischen Aufstandes durch die Hilfe des Kaisers Nikolaus und die vielseitige Inanspruchnahme des Galgens nach Bezwingung der Ungarn bei Világos und unter der Oberleitung des kaiserlichen Generals Haynau die nationale Bewegung in Ungarn erdrückt **wurde und ob die rettende Tat des Zaren ein innige** und vertrauensvolles Verhältnis zwischen beiden Reichen begründet hat.

Lichnowsky.

Die Spannung dauert fort!

Unverweilte deutsche Antwort.

⊘ Wie wir hören, sind die beiden am Montag übergebenen neuen Noten Clemenceaus gestern bereits Gegenstand eingehender Erörterung im Schoße der Regierung gewesen. Heute vormittag wird der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zusammentreten und sich wahrscheinlich schon mit dem Entwurf der deutschen Antwort beschäftigen können, da die Reichsregierung alles daran setzen wird, um den Eintritt des Friedenszustandes von sich aus in keiner Weise zu verzögern. In der Sache selbst vertritt man die Ansicht, daß das Hauptgewicht auf die erste Note zu legen ist, in der auch der Inhalt der sogenannten Separatnote im wesentlichen vorweggenommen ist. Man begrüßt es jedenfalls mit Genugtuung, daß Clemenceau sich wenigstens in der Gefangenenfrage zu einem klaren Standpunkt bekennt, indem er die Rückgabe unserer Kriegsgefangenen nunmehr allein von der Niederlegung der Ratifikationsurkunde abhängig macht.

Wie wir weiter hören, wird die deutsche Regierung in ihrer Antwort die Forderung einer schiedsgerichtlichen Entscheidung über die Scapa-Flow-Entschädigung fallen lassen, da keine Aussicht auf Erfüllung besteht. Des weiteren wird die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß es ihr auch jetzt noch nicht möglich sei, das Protokoll zu unterzeichnen, in dem die Forderung auf bedingungslose Auslieferung der 400 000 Tonnen Schiffsmaterial unverändert enthalten ist. Sie wird andeuten, daß sie der Zusicherung einer event. Milderung skeptisch gegenüberstehe, denn es ist ja noch in unser aller Erinnerung, wie ganz ähnliche Zusagen auch zur Zeit der Friedensunterzeichnung an uns gelangten und — nicht erfüllt wurden. Es ist nun geplant, an die Aufforderung auf Vorlegung einer Liste des deutschen Hafenmaterials anzuknüpfen, und durch mehrere Sachverständige aus den Hansestädten diese Liste in Paris unterbreiten und eingehend erläutern zu lassen. Die deutsche Regierung ist durchaus festen Willens, zu einer Einigung zu kommen und bereit, über eine Entschädigung zu verhandeln, die das deutsche Wirtschaftsleben nicht zum Tode verurteilt. Es bedürfte nach ihrer Ansicht bei nur einigem guten Willen nur weniger Tage, um — und zwar vor Unterzeichnung — zu einer mittleren Lösung zu gelangen.

Schließlich wird die deutsche Regierung noch eine Anfrage nach Paris gelangen lassen, die eine klare Übereinstimmung hinsichtlich der zutreffenden Interpretation des Passus, worin von der Sicherstellung des Friedenszustandes unmittelbar nach dessen Eintritt die Rede ist, herbeiführen soll.

Die Scapa Flow-Note.

Die neben der Note über die Unterzeichnungsfrage überreichte **Separatnote lautet:**

Herr Präsident!

Am 27. November haben Sie mir ein Memorandum zugehen lassen, in welchem sich die deutsche Regierung weigert, die Forderungen zu erfüllen, die die alliierten und assoziierten Mächte in ihrer Note vom 1. November wegen der Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa Flow am 22. Juni 1919 gestellt hatten, und in der sie vorschlägt, diese Angelegenheit einem Schiedsspruch zu unterbreiten. Die deutsche Regierung, der der Standpunkt der alliierten und assoziierten Mächte am 28. Juni 1919 mitgeteilt worden war, und die zweimal, am 28. Juni und am 8. September 1919 darauf bezügliche Mitteilungen machte, behauptet heute, daß diese Zerstörung in nichts eine Verletzung der Verpflichtungen Deutschlands bedeute, daß die zerstörten Kriegsschiffe im Augenblick ihrer Zerstörung nicht zur Auslieferung an die Alliierten bestimmt waren, und weitmehr noch, daß die Zerstörung den alliierten und assoziierten Mächten selbst zur Last falle, die „im Widerspruch mit den Bestimmungen des Artikels 23 des Waffenstillstandes diese Kriegsschiffe nicht in einem neutralen Hafen, sondern in einem feindlichen interniert hätten". Die alliierten und assoziierten Mächte können in den deutschen Memorandum nur einen schwer erklärbaren Versuch erblicken, absichtlich die Inkraftsetzung des Vertrages und die endgültige Wiederherstellung des Friedens hinauszuzögern. In ihrer Note vom 8. September, die sie nach Kenntnisnahme der authentischen Erklärungen des die zerstörte deutsche Flotte befehligenden Admirals an die alliierten und assoziierten Regierungen gerichtet hatte, hatte die deutsche Regierung weit entfernt, die ihr in dieser Angelegenheit gegenüber den Alliierten obliegenden Verpflichtungen anerkennen, im Gegenteil geltend gemacht, daß der Admiral keineswegs die Absicht gehabt habe, die Verpflichtungen zu verletzen, die die deutsche Regierung hinsichtlich seiner Person eingegangen war. „Die deutsche Regierung selbst erkannte ebenfalls an, daß der befehligende Admiral bei der Zerstörung der deutschen Flotte auf Grund eines allgemeinen Befehls gehandelt habe; sie fügte hinzu, daß der Admiral sehr wohl wußte, daß die deutschen Vorschläge selbst, hinsichtlich der Friedensbedingungen die Anrechnung der Flotte auf die Wiedergutmachungen voraussahen. Hat nicht der Chef des deutschen Admiralstabes insgeheim dem Admiral von Reuter am 9. Mai 1919 nach Scapa Flow geschrieben: „Wie auch immer sich das Schicksal dieser Schiffe unter dem Druck der Ereignisse gestalten möge, so wird es nicht ohne uns entschieden werden, es wird von uns selbst ausgeführt werden und eine Auslieferung an den Feind bleibt ausgeschlossen."

Gerade die auf Befehl der deutschen Regierung erfolgte Zerstörung, dessen, was Deutschland im Gegenteil den alliierten und assoziierten Mächten ausliefern sollte, stellt, welches auch immer die persönliche Verantwortung des Admirals v. Reuter und seiner Untergebenen sein mag, die Verletzung des Waffenstillstandes dar und gleichzeitig einen Akt, der auf die Annullierung von Verpflichtungen hinzielt, zu denen bereits die Zustimmung erteilt war und die man im Begriffe war, endgültig zu unterzeichnen. Schließlich ist es kaum nötig, daran zu erinnern, daß die Wahl der Rhede von Scapa Flow in Ermangelung eines geeigneten neutralen Hafens in allen Punkten sowohl dem Buchstaben wie den Geiste nach, Artikel 278 des Waffenstillstandes entspricht. Unter diesen Umständen sind die alliierten und assoziierten Mächte der Ansicht, daß die deutsche Regierung heute nicht die Verantwortung zurückweisen kann, die ihr zufällt und nicht in einem Schiedsspruch eine Lösung für Kriegshandlungen suchen kann, deren Regelung den erwähnten Mächten zusteht. **Infolgedessen fordern die alliierten und assoziierten Mächte die deutsche Regierung auf, entsprechend ihrer Note vom 1. November ohne weiteren Verzug das Protokoll zu unterzeichnen,** welches den Austausch der Ratifikationen und die Inkraftsetzung des Friedensvertrages gestattet und so die Rückkehr zum normalen Leben und zur Milderung der Leiden der Völker sichert.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherungen meiner Hochachtung

gez. Clemenceau.

•

Kurz vor Redaktionsschluß veröffentlicht WTB. den Wortlaut der vielwörtlichen „Instruktionen", die seinerzeit an Herrn v. Lersner erteilt worden sind. Unsere Leser finden den Text auf der zweiten Seite.

Clemenceau reist nach London.

Paris, 9. Dezember.

Ministerpräsident **Clemenceau** begibt sich morgen abend auf zwei bis drei Tage nach London, nach einer Londoner Meldung des „Journal" auf Einladung Lloyd Georges, um über die russische und türkische Frage, die Frage der Fortsetzung der Friedenskonferenz in Paris und über die Lage zu verhandeln, die durch die Haltung des amerikanischen Senats geschaffen ist.

Die Friedensfrage.

Die beiden Noten, die der Ministerpräsident Clemenceau vorgestern der deutschen Delegation in Paris übergeben hat, sind anders ausgefallen, als nach den Pressestimmen der Entente anzunehmen war. Ihr Ton unterscheidet sich in erfreulicher Weise gegenüber demjenigen, was wir in letzter Zeit zu hören gewohnt waren. Im Inhalte dagegen geht die Entente von ihrer Forderung der Unterschreibung des ominösen Protokolls nicht ab. Sie beharrt auf ihren Schein. Die deutsche Regierung wird nunmehr hierzu Stellung zu nehmen haben. Der Auswärtige Ausschuß der Nationalversammlung ist auf heute vormittag einberufen, und so darf man damit rechnen, daß in kürzester Frist, vielleicht schon im Laufe des morgigen Tages die Antwort hinausgehen wird.

Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß es ein Fehler war, irgendwie zögern zu wollen. Im Auslande ist schon ohnedem der Eindruck verbreitet, als ob wir den Wunsch hätten, den Eintritt des formalen Friedens weiter hinaus zu schieben. Es wird das mit den Vorgängen in Washington in Verbindung gebracht, die angeblich dazu beigetragen haben sollen, die Widerstandsfähigkeit Deutschlands zu stärken. Man unterschätzt im Auslande augenscheinlich doch unsere außenpolitische Urteilsfähigkeit. Abgesehen von den berufsmäßigen Phantasten ist man in den Ausschlag gebenden Kreisen, und damit insbesondere in der Regierung und in der Nationalversammlung, davon durchdrungen, daß es ein Trugschluß wäre, aus dem Verhalten des amerikanischen Senats bereits heute auf eine völlige Änderung der weltpolitischen Konstellation schließen zu wollen. Auch wird man sich sagen, daß nichts eine derartige Entwicklung mehr hemmen könnte, als ein Wiederaufleben der Feindseligkeiten. Wenn daher die deutsche Regierung den allerdings vergeblichen Versuch gemacht hat, durch Verhandlungen die Entente von ihrem Protokoll abzubringen, so geschah das lediglich in pflichtmäßiger Wahrung der deutschen Interessen, die durch eine strikte Durchführung der Bestimmungen des Protokolls auf das empfindlichste geschädigt würden.

So wenig daher Veranlassung für irgend einen Optimismus augenblicklich gegeben ist, so ist die Note des Herrn Clemenceau immerhin doch in der offensichtlichen Tendenz geschrieben, die Bedeutung des Protokolls abzuschwächen. Es kann dabei für uns gleichgültig sein, ob der Unterzeichner der Note selbst dies gern gesehen hat. Alle Vermutungen sprechen dafür, daß der Rat der Alliierten etwas besänftigend auf die durch den Ausgang der französischen Wahlen gehobene Stimmung des französischen Ministerpräsidenten eingewirkt haben dürfte. So wird in der Note bezüglich der Entschädigung für die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow immerhin die Möglichkeit für Verhandlungen offen gelassen. Bei diesen Verhandlungen muß es unsere Aufgabe sein, den Ententeregierungen, die hierbei durch die Wiedergutmachungskommission vertreten werden, davon zu überzeugen, daß die Auslieferung der 400 000 Tonnen für uns tatsächlich unerträgliche, wirtschaftliche Folgen haben muß. Aus der Note ergibt sich nicht mit Klarheit, ob die diesbezüglichen Verhandlungen sofort geführt werden sollen. Es deutet vielmehr manches darauf hin, daß hierfür noch eine nicht unerhebliche materielle Vorbereitung erforderlich ist. Auf alle Fälle wird man gut tun, schleunigst die hierfür sachverständigen Persönlichkeiten auszusuchen. Die hanseatischen Kreise haben sich bei früheren Verhandlungen stets beklagt, daß ihre Interessen nicht genügend wahrgenommen wären. Der jetzige Reichsfinanzminister, Herr Erzberger, vermag davon ein Lied zu singen. Es würde ebenso klug, wie zu begrüßen sein, wenn jetzt die Regierung das Schicksal der Ausführung dieser überaus bedauerlichen Bestimmung des Protokolls in die Hände der beteiligten Kreise selbst legen würde.

Auch die Schlußbestimmung des Protokolls hat durch die Note des Herrn Clemenceau eine starke Verwässerung erfahren. Die Auslegung, die ihr jetzt zuteil wird, läßt allerdings manche Bedenken schwinden. Für den Realpolitiker hat dieser Paragraph des Protokolls von vornherein, so friedensfeindlich er sich ausnahm, nur einen bedingten Wert. Wessen wir uns seitens der Entente zu versehen haben, das wissen wir. Sie hat es nicht notwendig, uns dies erst noch einmal in einem Protokoll besonders vor Augen zu führen. Die Geschichte des Friedens von Versailles ist aber noch nicht zu Ende geschrieben. Wir stehen vielmehr erst in ihrem ersten Anfangsstadium. Von der weiteren Entwicklung wird es abhängen, ob die Beziehungen zwischen Deutschland und den einzelnen bisher mit ihm im Kriege befindlichen Völkern auf der Basis des Rechts oder der Gewalt sich entwickeln werden.

Das wertvollste, das uns die Note des Herrn Clemenceau bringt, ist die klare Erklärung, daß die Gefangenen mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages frei gelassen werden sollen. Herr Clemenceau sagt zwar, daß für Frankreich kein Grund vorliege, dies neuerdings zu wiederholen. Aber noch vor ganz kurzer Zeit hat er eine sehr andere Meinung uns gegenüber geäußert und die Rückkehr der Kriegsgefangenen von den verschiedensten Bedingungen abhängig gemacht. Für Hunderttausende, die unter französischem Joche schmachten, wird das neue feierliche Versprechen der Etente ebenso eine Erlösung sein, wie für ihre vielen Angehörigen in der Heimat, bei denen die Sorge um das Geschick ihrer Lieben täglicher Gast war. Wir wollen der Entscheidung, die die Reichsregierung in Verbindung mit der Nationalversammlung zu fällen hat, nicht vorgreifen, aber wir glauben, daß bei ihren Entschlüssen die nunmehr im Falle der Unterzeichnung des Protokolls endgültige und zugesicherte sofortige Freilassung der Kriegsgefangenen von nachhaltigstem Einfluß sein muß.

•

Wie wir hören, bestätigt es sich, daß der Abg. **Senator Petersen** mit zu den deutschen Dele-

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Mittwoch, den 10. Dezember.

Opernhaus. 7½ Uhr: IV. Sinfonie-Konzert.

Schauspielhaus. 273. Abonnements-Vorst. 6½ Uhr: Maria Stuart.

Direkt.: Max Reinhardt.
Deutsches Theater. 7½ Uhr: Jaakobs Traum.

Kammerspiele. 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Großes Schauspielhaus. (9. Abt. 1. Abend.) 7½ Uhr: Orestie.

Dir.: Victor Barnowsky.
Lessing-Theater. 7¼ Uhr: Pygmalion.

Deutsches Künstler-Th. 7½ Uhr: Cyprienne.

Dir. Meinhard-Bernauer
Theater i. d. Königgr. Str. ½8 U.: Schloß Wetterstein.

Komödienhaus. ½8 Uhr: „Sie".

Berliner Theater. 7¹⁵ Uhr: Bummelstudenten.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Predigt in Litauen.

Residenz-Theater. 7 U.: Evchen Humbrecht.

Trianon-Theater. 7 Uhr: Maskerade.

Central-Theater. Kommandantenstr. 57. 7½ Uhr: Die Faschingsfee.

Deutsches Opernhaus. 7 U.: Der Zigeunerbaron.

Die Tribüne am Untergrundbahnhof Knie. 7½ Uhr: Die Wandlung.

Eden-Theater. Alte Jakobstr. 30. 7¼ Uhr: „U. A. w. g."

Fried. Wilhelmst. Theater. 3½ U.: Peter und Paul. 7½ Uhr: Gretchen.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Die unberührte Frau.

Kl. Schauspielhaus. 7½ Uhr: Albine u. Aujust oder: Freut Euch d. Leb.

Komische Oper. 7½ Uhr: Liebeszauber.

Lustspielhaus. 7¾ U.: Arnold Rieck in Der Großstadt-Kavalier.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Sybill.

Neues Operettenhaus. 7½ Uhr: D. Dame vom Circus.

Schiller-Theater Charl. 7½ Uhr: Der Meineidbauer.

Thalia-Theater. 7¼ U.: Die närrische Liebe.

Theater a. Nollendorfpl. 3½ Uhr: Schneewittchen. 7¼ Uhr: „Der Vielgeliebte"

Theater des Westens. 4 U.: Max und Moritz. 7½ Uhr: Die Frau im Hermelin.

Theater d. Friedrichstadt 7½ Uhr: Vier Einakter.

Wallner-Theater. 7 Uhr 15: Eine Ballnacht.